Donnerstag, 08. August 2024, 16:00 Uhr
~5 Minuten Lesezeit

Frauenverachtung nach bayerischer Art

Ein neuer Aktionsplan im Freistaat läuft darauf hinaus, dass das Wohl von Frauen und Mädchen vollständig dem von Männern untergeordnet wird, die sich weiblich fühlen.

von Anne Burger
Foto: dimid_86/Shutterstock.com

Derzeit befindet sich der „Bayerische Aktionsplan Queer“ in der Mache. Die Bürger sind dazu aufgerufen,

sich am Prozess zu beteiligen. Doch wie ihre „Beteiligung“ aussehen soll, dafür hat das Staatsministerium für Familie enge Grenzen gesetzt — sehr enge. Weder darf man den Aktionsplan an sich infrage stellen, noch ist es vorgesehen, kritisch zu hinterfragen, ob hier vielleicht die Rechte von Frauen und Mädchen beschnitten werden.

Spätestens seit der männliche Boxer Imane Khelif bei den Olympischen Spielen in den Ring stieg, um weibliche Boxerinnen zu verprügeln, sollte klar sein: Die neuen Rechte der weiblich definierten Männer gehen häufig auf Kosten von Sicherheit und Würde der Frauen.

Die Translobby fordert, dass weiblich identifizierte Männer sämtliche und alle Frauenrechte bekommen. Und da stellen sich einige Fragen.

> ***Dürfen Männer in Frauenduschen (mit oder ohne erigiertem „weiblichem“ Penis?), dürfen sie in Frauengefängnisse verlegt werden? Dürfen Männer im Frauensport antreten und die Podien stürmen? Haben Mädchen in der Schule ein Recht auf Privatsphäre, oder müssen sie sich vor weiblich definierten Jungen oder Lehrern ausziehen, um sich keiner Diskriminierung schuldig zu machen?***

Darf man ein Fitnessstudio nur für Frauen betreiben? Dürfen Frauen äußern, dass sie das Geschlecht für eine reale Tatsache halten, ohne Angst um ihren Arbeitsplatz haben zu müssen?

Fragen im Bayerischen Aktionsplan

Das sind die aktuellen Fragen in der Transdebatte. Liest man die Fragen zum „Bayerischen Aktionsplan Queer“ (1) durch, fällt auf: Keine einzige dieser Fragen wird gestellt. Nirgendwo bekommt man die Möglichkeit, sich zur Frage von Sicherheit, Würde und Privatsphäre von Frauen und Mädchen zu äußern. Die Fragen lauten:

- Wie können queere Menschen umfassend vor Diskriminierung geschützt werden?
- Wie kann man den Arbeitsalltag von queeren Menschen unterstützend gestalten?
- Wie kann man Gewalt und Anfeindungen an queeren Menschen vorbeugen?
- Wie kann man Netzwerke von LGBTQs verbessern?

> ***Das Wort „Frau“ oder „Mädchen“ kommt nirgends vor. Hier wurden von vornherein klare Weichen gestellt, es geht ausschließlich um die Befindlichkeiten und Wünsche der Trans-Community. Und die sind klar formuliert: Weiblich definierte Männer dürfen alles und Frauen haben sich darein zu schicken.***

Mit am Tisch des Familienministeriums sitzen Vertreter der Translobby. Frauengruppen hingegen fehlen völlig. Nur für eine einzige Organisation, die „LesCommunity“, hat man einen Platz gefunden. Diese hat sich 2022 ganz brav in eine lesbisch-queere Gruppe umbenannt und sich statt des lila einen regenbogenfarbigen Anstrich gegeben. Sie engagiert sich jetzt für die Rechte von sogenannten „Flintas“ — das ist der Begriff, mit dem sich Frauen nach den Wünschen der Translobby zu benennen haben (Frauen, Lesben, nicht-binäre, inter*, trans* und agender Personen). Daher setzt sich LesCommunity konsequenterweise jetzt auch für alle lesbischen Frauen ein, inklusive solche mit Penis, die gerne Sex mit

Frauen haben (2).

Die Vertreterinnen von Frauenrechten — seien es die „Frauenaktion München“, „Geschlecht zählt“, „KOFRA“, oder die „Aktionsgruppe Gleichstellung für Frauen“ — müssen leider draußen bleiben.

Dies hat durchaus System. Auch der „Leitfaden für Münchner Schulen“ wurde ohne Beteiligung von Eltern- oder Frauenrechtsvertretern gestaltet.

Das Schema zur Erstellung von Leitfäden und Aktionsplänen

- Transaktivisten bekommen als „Fachleute“ den Auftrag, den Prozess zu gestalten
- Sie laden Verbände ein, die möglichst ähnlich ticken, um sich den Anschein der Vielfalt zu geben
- Das Thema „Rechte von Frauen und Mädchen“ wird konsequent gemieden
- Frauen- oder Elternverbände werden nicht beteiligt
- Falls Bürgerbeteiligung vorgesehen ist, werden die Themen und Buttons so gestaltet, dass man nur „mehr queer“ fordern kann
- Am Ende erhält man ein Dokument, das angeblich unter Beteiligung aller Bürger und mit großen Mehrheiten entstanden ist, und fordert, transidentifizierten Menschen alles zu geben, was sie nur wollen. Ob das jemand anderem weggenommen wird, darüber erfährt man nichts.

Genauso ist das wohl mit dem Leitfaden für Münchner Schulen gelaufen. Er enthält folgende Regeln:

- Das Geschlecht ist komplett unabhängig vom Körper, es geht ausschließlich um das Gefühl der Kinder und Teenager
- Kinder werden mit den Pronomen und Vornamen angesprochen, die sie wählen — gerne auch öfter wechselnd
- Äußert das Kind einen Wunsch oder Frage zum Trans-Sein, wird es darin bestärkt, egal was sonst noch vorliegt
- Jungen und Männer haben das Recht, in Mädchenräume einzudringen — solange sie sich weiblich identifizieren
- Mädchen dürfen sich darüber nicht beklagen
- Eltern müssen nicht informiert werden, wenn das Kind in der Schule seine Geschlechtsidentität wechselt
- Kinder erhalten Beratungsadressen zum Geschlechtswechsel ohne Elterninfo Dieser Leitfaden spiegelt vermutlich nicht die Wünsche der Eltern, Lehrkräfte oder Schulleitungen wider. Er enthält die Wünsche der Translobby. Ähnlich dürfte es sich mit dem Bayerischen Aktionsplan verhalten.

Einen Button hat der Bayerische Aktionsplan doch, ganz, ganz unten, wo man freies Feedback geben kann. Auch innerhalb des Unterpunkts muss man sich bis unten durchscrollen; dann aber darf man sich allgemein äußern. Allerdings erfährt man, dass alle Mails, die sich nicht auf die vier oben genannten Punkte (mehr Schutz, mehr Unterstützung, mehr Sichtbarkeit, mehr Vorbeugung) beziehen, nicht ausgewertet werden. Sie werden nur zahlenmäßig erfasst. Das Familienministerium erhält dann die Vorschläge für „mehr Queer“ und eine Meldung, wie viele E-Mails ohne konkrete Vorschläge zu den vorgegebenen Punkten eingegangen sind (3). Das dürfte die Frauenrechte wenig stärken. Eine Frauenministerin, an die man sich wenden könnte, hat Bayern nicht, aber die Familienministerin Ulrike Scharf — ja, genau die, die den Aktionsplan Queer verantwortet — ist gleichzeitig und nebenbei Frauenbeauftragte (4). Oder eben gleich die Staatskanzlei (5).

> ***Ohne Öffentlichkeit entscheiden am Ende Männer in Stöckelschuhen gemeinsam mit Männern in***

> ***Trachtenjankern, welche Rechte Frauen und Mädchen aufzugeben haben — ohne das auch nur zu benennen.***

Im Sinne von Inklusion und Fairness. Wer in der Debatte übergangen wurde und fehlt, ist oft schwierig auszumachen.

Anne Burger ist Hochschullehrerin für Mathematik und Logik. Sie lebt mit Mann und Kindern in Süddeutschland.